

# DGB-Satzungsantrag zum politischen Streikrecht

Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund.: Satzungsantrag A 03 politisches Streikrecht von 3. Ordentliche Konferenz des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen. Bad Hersfeld 30.01.2010.

## **3. Ordentliche Konferenz des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen am 30. Januar 2010 in Bad Hersfeld, Stadthalle**

Antrag: A 03

### **Empfehlung der Antragsberatungskommission: Annahme des dritten Absatzes.**

Antragsteller: DGB-Landesvorstand Thüringen

**Betreff: „Politisches Streikrecht“**

### **Die Bezirkskonferenz möge beschließen:**

In den Mitgliedsgewerkschaften wird verstärkt das Thema „Generalstreik in Deutschland“ diskutiert.

Auf dem 20. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG BAU wurde ein Antrag für umfassendes Streikrecht nach umfangreicher Diskussion angenommen.

Die Mitglieder des DGB-Kreisvorstandes Weimar/Weimarer Land haben aus diesem Grund auf ihrer Vorstandssitzung vom 16.09.2009 ebenfalls beschlossen, an den DGB Bundeskongress den Antrag zu stellen, das politische Streikrecht in die Satzung des DGB aufzunehmen.

**Der DGB setzt sich für ein umfassendes Streikrecht gemäß dem Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen Menschenrechte- und Sozialcharta, den Übereinkommen 87 (Vereinigungsfreiheit) und 98 (Versammlungsfreiheit) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILQ) ein.**

Der Antrag wird an den DGB-Bundeskongress weitergeleitet.

### **Begründung:**

Siehe Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt.: Satzungsantrag S1 zum politischen Streik vom 20. Ordentlichen Gewerkschaftstag. Berlin 15.09.2009. S. 71 f.

Empfehlung  
angenommen

\_\_\_\_ JA-Stimmen - mit überwältigender Mehrheit beschlossen

\_\_\_\_ NEIN-Stimmen

\_\_\_\_ Enthaltungen